

Presseinformation



**Freier Verband
Deutscher
Zahnärzte e.V.**

Landesverband Bayern
Kistlerhofstr. 111
81379 München

Telefon: 089/723 42 90
Telefax: 089/723 19 07
www.fvdz-bayern.de
EMail: info@fvdz-bayern.de

München, 20.07.2008

Deutliches Signal des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte in Bayern: Neuer Vorstand – neues Programm!

Ein deutliches Signal nach außen wie nach innen setzte die bayerische Landesversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte e.V. (FVDZ) am vergangenen Wochenende in Schweinfurt. Mit überwältigenden Mehrheiten wurde nicht nur ein neues Führungsteam gewählt, sondern auch ein neues Programm verabschiedet.

Neuer Landesvorsitzender des größten zahnärztlichen Berufsverbandes ist nun Dr. Jürgen Welsch aus Hofheim in Unterfranken. Er erreichte mit einer Zustimmung von 96% der abgegebenen Stimmen ein absolutes Rekordergebnis. Auch seine beiden Stellvertreter, Dr. Manfred Kinner (München) und Dr. Reiner Zajitschek (Döhlau/Oberfranken) durften sich über ähnlich hohe Zustimmung freuen. Fünf ebenfalls neu gewählte Beisitzer (Dr. Andrea Albert, Dr. Manfred Albrecht, Dr. Thomas Sommerer, Dr. Christian Öttl und Dr. Andrea Jehle) werden das Führungstrio unterstützen. Für die Versammlungsleitung sind Dr. Oliver Tarenz, Dr. Horst-Dieter Wendel und Dr. Hans A. Huber zuständig. Als Kassenprüfer fungieren die FVDZ-Urgesteine Dr. Gunther Lichtblau und Dr. Franz Deister mit ihren Stellvertretern Dr. Wolfgang Bauer und Dr. Dietmar Klement.

„Der FVDZ in Bayern ist wieder da! Unser politisches Programm wurde mit großer Geschlossenheit abgestimmt. Wir haben 10 von 14 Beschlüssen einstimmig verabschiedet. Lediglich bei einem Antrag gab es 3 Gegenstimmen“, freut sich der neue Vorsitzende. Politik, Krankenkassen und Körperschaften müssten ab sofort wieder mit dem bayerischen FVDZ rechnen, kündigt Welsch an.

In einer Resolution stellt die Landesversammlung fest, dass eine gute und flächendeckende zahnmedizinische Versorgung der Bevölkerung nur durch freiberufliche Praxen gewährleistet werden kann. Planwirtschaftliche und leistungsfeindliche Bestimmungen schaden Patienten und Zahnärzten gleichermaßen. Konsequenterweise fordert der bayerische FVDZ die Aufhebung der Budgetierung auch bei den Zahnärzten und mehr Wahlmöglichkeiten für die Patienten hinsichtlich ihrer Therapie. Derzeit sei dies für die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung in vielen Bereichen nur unter Verlust ihres Kassenzuschusses möglich.

Scharfe Kritik musste sich die CSU wegen ihrer Zustimmung zum Gesundheitsfonds gefallen lassen. Speziell in Bayern verursache der Fonds höhere Beiträge bei weniger Leistung. Welsch hierzu: „Der Fonds hat keinerlei Vorteile für Patienten oder Zahnärzte. Es wird ein undurchsichtiger Geldverschiebepark geschaffen, der allenfalls dem Erhalt der großen Koalition in Berlin nutzt.“

Die bayerische Landesversammlung distanzierte sich in aller Deutlichkeit von den Bremer Beschlüssen und setzte damit auch ein Zeichen in Richtung der Hauptversammlung des FVDZ im Herbst in Saarbrücken. Einstimmiger Beschluss: „Die Landesversammlung des FVDZ Bayern hält es für sinnvoll, dass Verbandsmitglieder sich in zahnärztlichen Organisationen und Körperschaften

v.i.S.d.P.: Dr. Reiner Zajitschek, stellvertretender Landesvorsitzender des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte – Landesverband Bayern, Tel. 09286/1030; Mobil 0172/7615886; E-Mail: docreiner@freenet.de

ten engagieren mit dem Ziele die Handlungs- und Ermessensspielräume im Sinne der Satzung des FVDZ zu nutzen." Gleichzeitig werden alle Freiverbandler jedoch in die Pflicht genommen, auch die Grenzen der zahnärztlichen Interessensvertretung in den Körperschaften aufzuzeigen. Begründung: „Die Umsetzung staatlicher Diktate darf weder in den Kammern noch in den KZV'en als Erfolgsmodell dargestellt werden.“ Damit gehört die in Bayern seit Bremen praktizierte Unterscheidung zwischen einer „guten“ Kammer und einer „bösen“ KZV ebenfalls der Vergangenheit an. Gleichzeitig sollen die Körperschaften auf sparsame Haushaltsführung verpflichtet werden. Eine Erhöhung von Zwangsbeiträgen sei von den bayerischen Praxen nicht zu verkraften.

Mit Blick auf die geplante Änderung der Musterweiterbildungsordnung der BZÄK votierten die Delegierten, ebenfalls einstimmig, gegen eine von Kammerseite sanktionierte, weitere fachliche Differenzierung der Zahnärzteschaft. Jeglichen Bemühungen von Hochschulen, etwa für postgraduale Masterstudiengänge neue Fachzahnarztitel einzuführen, sei strikt entgegenzutreten, heißt es. Die Hochschulen müssten weiterhin berufsfertige Zahnärztinnen und Zahnärzte ausbilden, statt auf die postgraduale Weiterbildung zu setzen. Nachdem auch die VV der KZVB einen ähnlichen einstimmigen Beschluss gefasst hat, müssen sich BZÄK-Verantwortliche und Hochschullehrer auf rauen Gegenwind aus Bayern gefasst machen.

Scharfe Kritik ernteten natürlich auch die Prämissen, unter denen die GOZ novelliert bzw. BEMAnovelliert werden soll. Die geplante Einführung der eCard und des Basistarifs stießen ebenfalls auf klare Ablehnung. Auch Selektivverträgen, welche die Zahnärzteschaft zersplittern bzw. zu einer Einschränkung privatrechtlicher Vertragsmöglichkeiten führen, wurde eine deutliche Absage erteilt.

Nach den Turbulenzen des letzten Jahres möchte sich Bayern bei der anstehenden Hauptversammlung des FVDZ im Herbst in Saarbrücken mit seinem neuen Vorstand, dem neuen Programm und vielen neuen Delegierten auch auf Bundesebene im Sinne der Schweinfurter Landesversammlung zurückmelden.

Diese Pressemitteilung enthält (ohne Überschrift) **4966** Zeichen (mit Leerzeichen)